



# **Adliswilereien**

## **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 13. Dezember 2023**

**Von Wolfgang Liedtke**

Für die Gemeinderäte ist die Budgetberatung im Grossen Gemeinderat fester Bestandteil der Adventszeit. Häufig ist die Debatte mit einer langen Sitzungsdauer verbunden. In diesem Jahr versprach die kurze Traktandenliste eine vergleichsweise kurze Sitzung. Im Vorfeld hatten sich die Rechnungsprüfungskommission sowie FDP und SVP angesichts einer unerwarteten positiven Prognose der Jahresrechnung 2023 in Höhe von 15,2 Mio. Franken für eine Senkung des Steuerfusses um zwei Prozent ausgesprochen.

#### **Mitteilungen**

Wolfgang Liedtke (SP) gab im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung ab:

*Heute vor einer Woche, am 6. Dezember, lag mir die Information vor, dass für die Volksinitiative «Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Verdichtung» mehr als 500 Unterschriften vorlagen. Das Initiativkomitee, bestehend aus Vertretern der Grünen, des Mieterverbandes und der SP, haben also innerhalb von zwei Monaten und zwei Wochen mehr als die notwendige Anzahl der Unterschriften für die Volksinitiative sammeln können. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Adliswiler Bevölkerung das Thema «bezahlbare Wohnungsmieten» als wichtiger einstuft als die Mehrheit ihrer Vertreter hier im Rat, und lässt eine Annahme unseres Vorschlags an der Urne erwarten.*

#### **Fragestunde**

##### *Feuermelder im Stadthaus - Plastiksammlung*

Xheli Etemi (SP) wies darauf hin, dass die Feuermelder im Stadthaus mit „Ausser Betrieb“ beschriftet sind, und wollte wissen was passiert, wenn ein Brand ausgelöst wird und wie sicher das Personal im Stadthaus ist. Ausserdem erkundigte er sich danach, wann die Anlage wieder in Betrieb genommen werde. Stadtrat Mario Senn (FDP) erläuterte, dass es für eine Gebäude in der Grösse des Stadthauses keine Verpflichtung für den Anschluss an eine Alarmzentrale gebe. Man habe sich für eine Ausstattung mit Feuermeldern entschieden, die nur innerhalb des Gebäudes alarmierten, weil der Anschluss an eine private Alarmzentrale teuer sei. Dennoch bereite man einen solchen Anschluss derzeit vor, es wären aber noch technische Probleme zu lösen.

Rolf Schweizer (FDP) wollte im Zusammenhang mit dem nahen Ende des Pilotversuchs Plastiksammlung wissen, was die Zielgrösse für den gesammelten Abfall war. Ausserdem interessierte ihn die Qualität des Plastikabfalls und der Grund für die Weiterführung in Zusammenarbeit mit der Migros. Stadträtin Carman Marty Fässler (SP) antwortete, dass bis Ende November der Umfang der gesammelten Plastikabfälle in einem ähnlichen Bereich wie in vergleichbaren Gemeinden war. Endgültige Zahlen zur Gesamtmenge und zur Qualität des Abfalls lägen aber erst nach dem Ende des Pilotversuchs vor und würden dann im Rahmen der Beantwortung der zugrundeliegenden Motion der Freien Wähler bekanntgegeben. Als Grund für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Migros und weiteren Detailhändlern gab sie an, dass dabei Leerfahrten vermieden würden. Die Lieferfahrzeuge für die Filialen könnten auf der Rückfahrt Plastikabfälle transportieren. Ein endgültiger Entscheid über die Ausgestaltung der Plastiksammlung würde aber erst nach Auswertung des Pilotversuchs fallen.

#### **Finanz- und Aufgabenplanung**

Der Finanz- und Aufgabenplan liegt in der alleinigen Kompetenz der Exekutive und wird vom Grossen Gemeinderat nur zur Kenntnis genommen. Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) sprach deren Vizepräsident Christoph Sütterlin (GLP) und stellte fest, dass die geplanten Investitionen in den kommenden Jahren deutlich ansteigen werden. Rolf Schweizer

(FDP) stellte fest, dass die Steuereinnahmen offenbar ausreichend seien und Adliswil für gute Steuerzahler attraktiv bleiben müsse. Deshalb sei der Steuerfuss zu senken. Christoph Sütterlin (GLP) ergriff für seine Fraktion (Mitte/GLP/EVP) nochmals das Wort und präsentierte eine meterlange Rangliste der Verschuldung der Zürcher Gemeinden. 137 Gemeinden seien ohne Verschuldung, Adliswil sei die Gemeinde mit der viertgrössten Pro-Kopf-Verschuldung im Kanton (Platz 159 von 162). Damit waren die Positionen für die anschliessende Budgetdebatte bezogen.

## **Budget 2024**

Für die RPK erläuterte Christoph Sütterlin (GLP) den Standpunkt zum vorgelegten Budget unter Berücksichtigung der letzten Prognose für die Jahresrechnung 2023. Er beurteilte die Budgetierung als vorsichtig bei den Einnahmen. Auch für die kommenden Jahren bewege sich die Planung komfortabel unterhalb der Schuldengrenze, auch bei einer Senkung des Steuerfusses auf hundert Prozent. Simon Schanz (Mitte) wies auf die Verschuldung der Stadt hin und prognostizierte ein Ansteigen der Verschuldung angesichts der geplanten Investitionen. Seine Fraktion (Mitte/GLP/EVP) erteile deshalb einer Steuerfussenkung eine Absage. Esen Yilmaz (SP) argumentierte wie folgt:

*Wir sollten zuerst die Zahlen erwähnen, welche im Budget Gewicht haben. Das Budget sollte erstens auf Basis der letzten Prognose, zweitens dem Finanz- und Aufgabenplan für das gleiche Jahr und drittens mit den gleichen Kennzahlen der Vergangenheit verglichen werden, um ein Gleichgewicht mit Vergangenheitszahlen und den projizierten Finanzkennzahlen für die Planjahre festlegen zu können.*

*Wie sieht die Ertragsseite aus. Der Stadtrat rechnet hier mit Fr. 151,72 Mio. und somit wieder um Fr. 6 Mio. höher als im letzten Budget und ein Minus von knapp Fr. 5 Mio. zur letzten Jahresrechnung, was gemäss der Prognose vom November nicht stimmen wird. Beim Fiskalertrag wird das Budget mit Fr. 96,3 Mio. veranlagt, somit Fr. 6,67 Mio. höher als im Vorjahr. Beim Transferertrag wird hauptsächlich bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherung und Asylbewerberbetreuung gerechnet, was zu einem Mehrertrag von Fr. 2,3 Mio. führt. Eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von Fr. 1.20 Mio. soll die Erfolgsrechnung beinahe ausgleichen.*

*Und jetzt zum Aufwand. Der Aufwand von Fr. 151,81 Mio. übersteigt den Ertrag nur ganz knapp. Mit der Jahresrechnung 2023 gilt es diese genau zu prüfen, denn diverse Stadtratsbeschlüsse, welche nach Erstellung des Budgets gefällt wurden, werden bestimmt Einfluss auf diese Kennzahl haben. Dieses Jahr kann der Vergleich mit dem letztjährigen Budget gut gemacht werden. Denn sie sieht einen Mehraufwand von Fr. 7,0 Mio. vor. Der Personalaufwand erhöht sich um Fr. 2,04 Mio. und gilt inklusive des Teuerungsausgleichs, des erhöhten Verwaltungsaufwandes, der Betreuung und der Lehrerlöhne, was u.a. auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist. Der grösste Kostentreiber ist jedoch mit Fr. 7,1 Mio. die Erhöhung des Transferaufwands, welcher auf die Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung, Zusatzleistungen zur AHV/IV, Krankenversicherung und den genannten Personalaufwendungen zurückzuführen sind.*

*Die Investitionen: Hier wird mit Fr. 21,8 Mio. gerechnet, wobei die Werkbetriebe mit Fr. 9,58 Mio. der grösste Treiber sind. Wie bereits im vorherigen Geschäft im Rat erwähnt, sind im Finanz- und Aufgabenplan die zukünftigen Investitionen genau ersichtlich. Es gilt nun genau abzuwägen, welche dieser erforderlich und welche nice to have sind.*

*Wir sollten von Planungen im Bereich der Freizeit uns nicht so weit aus dem Fenster wagen und diese vor der Bildung oder gar dem Sozialen und dem Alter stellen. Ich möchte an die Freizeitanlage im Tal mit einer Veranlagung von sage und schreibe Fr. 10 Mio. erinnern – das ist Freizeit und nice to have!*

*Das Fremdkapital wird per Ende Jahr Fr. 171 Mio. betragen und somit Fr. 24 Mio. geringer als in der Planung vom letzten Jahr, somit eine positive Entwicklung. In der Jahresrechnung 2022 waren es sogar nochmals geringer, nämlich Fr. 170,3 Mio.! Zum Glück erwarten wir ein sehr hohes Eigenkapital von Fr. 96 Mio., was einer Eigenkapital-Quote von 36 Prozent entspricht.*

*Der Selbstfinanzierungsrad steigt auf 48 Prozent, gegenüber dem Budget 2023 ein Plus von 17 Prozent, also wieder eine positive Entwicklung.*

*Das Wachstum: Die grösste Herausforderung unserer Stadt wird das Wachstum sein. Nicht nur das verdichtete Bauen, welches die Bevölkerungszahlen ansteigen lässt, nein es sind vor allem Nachinvestitionen, welche Versäumnisse der Vergangenheit sind – und das ist Investitionswachstum. Diese hohen Investitionen in der Zukunft sollten genau überlegt und wohlbedacht werden.*

*Mein Fazit: Mit dem beantragten Budget kann die Zielsetzung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts erreicht werden. Gemäss der letzten Prognose vom November, sollten unsere Finanzen nächstes Jahr mit den zusätzlichen Grundstücksteuern von Fr. 23,1 Mio., welche dieses Jahr vereinnahmt werden, viel besser ausfallen als budgetiert, vor allem viel positiver beim Ertrag.*

*Die Worte der Stadträtin beim letzten Geschäft Freizeitanlage Tal hängen mir immer noch in den Ohren. Sie ärgerte sich über die Qualität der Prüfung des damaligen Geschäftes. Interessant fand ich, dass sie bei der Budgetprüfung in ihren Besuchen der RPK keine Dokumentation, keine Zusammenfassung zeigte. Sie liess es sich leicht machen und informierte uns analog einem «finanziellen Kaffichränzli-Austausch» - eine Frage der Qualität und der Vorbereitung kann ich nur sagen!*

*Wieder hat sich der Stadtrat nicht bereit erklärt, das Budget nach den grossen Differenzen der Prognose, anzupassen. Denn wir sprechen hier von einem Überschuss von Fr. 15,2 Mio.! Die Entscheidung des Rates von heute wird direkten Einfluss auf die finanzielle Zukunft Adliswils haben.*

*Auch Urs Künzler kritisierte das Verhalten der Stadträtin gegenüber der RPK, insbesondere den ausgeübten Druck auf das RPK-Mitglied ihrer eigenen Fraktion (FW). Daniel Frei (FW) wies darauf hin, dass für 2024 wieder ein Defizit budgetiert sei. Er machte ausserdem auf die ungewisse Entwicklung der Kreditzinsen aufmerksam. Ihm pflichtete Pascal Welti (Grüne) mit Hinweis auf die labile Weltlage bei und verwies auf zu erwartende Kosten durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und ökologische Massnahmen. Gabriel Mäder (GLP) plädierte dafür, dass man zusehen müsse, aus dem Loch herauszukommen und nicht tiefer hineinzurutschen. Die Zahlen der Finanzplanung seien nichts als Prognosen, die man entsprechend vorsichtig betrachten müsse. Wolfgang Liedtke sprach für die SP-Fraktion:*

*Wir haben sehr gute Voten gehört. Es ist fast so spannend wie die Bundesratswahl heute Vormittag. Vieles ist bereits gesagt worden, ich will mich deshalb kurzfassen. Ich empfinde die Situation als unbefriedigend. Besonders ärgerlich finde ich, dass bei der Erstellung des Budgets alle Ressorts angewiesen wurden, Einsparungen vorzusehen. Einsparungen – das mag für manche positiv klingen, bedeuten aber Leistungseinschränkungen, Verschiebungen von Investitionen, keine oder zu geringe Erhöhungen der Personalbezüge. Einsparungen, welche – wie wir jetzt wissen – in diesem Umfang nicht nötig gewesen wären.*

*Stichwort Steuerfussreduktion: Die Rangliste von Christoph Sütterlin war beeindruckend. Ich gebe zwar zu, dass angesichts der uns vorgelegten Prognose eine Reduktion des Steuerfusses als angemessen erscheint. Dies würde in meinen Augen aber auch heissen, dass wir bei einem negativen Ergebnis in einem der kommenden Jahre den Steuerfuss auch wieder anheben. Denn angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen – Stichwort Weltlage - und ungewisser Kreditzinsentwicklung – wie von Daniel Frei erwähnt - können wir negative Erfolgsrechnungen nicht ausschliessen. Bedauerlicherweise lehrt die Vergangenheit, dass die bürgerliche Seite es dann vorzieht, zunächst einmal Leistungen zu kürzen. Ich werde deshalb mit der Mehrheit meiner Fraktion für die Beibehaltung des Steuerfusses stimmen.*

*Ich erinnere mich an eine Aussage des Alt-Gemeinderates Mario Senn, der vor einigen Jahren hier im Rat die Meinung vertreten hat, dass der Bodenbesitz der Stadt als normale Kapitalanlage zu betrachten ist und dass die Stadt je nach Finanzlage Boden verkaufen oder dann auch wieder erwerben soll. Ich teile - damals wie heute - nicht die Ansicht, dass eine Gemeinde mit Landbesitz spekulieren sollte wie ein privater Anleger. Aber ich bin der Auffassung, dass wir den unerwarteten Geldsegen dazu nutzen sollte, die Stadt in die Lage zu versetzen, bei sich bietender Gelegenheit Boden zu erwerben. Denn Boden innerhalb der*

*Bauzonen ist etwas, das unserer Stadt fehlt. Ich werde in der Detailberatung zum Budget des Ressorts Finanzen deshalb den Antrag stellen, diesem Budget zusätzlich 10 Mio Franken zuzuweisen, um damit eine zweckgebundene Reserve für Grundstückskäufe zu bilden. Diese Grundstücke können für städtische Bauten, Wohnungsbau oder Unternehmensansiedlungen genutzt werden.*

*Für diejenigen, die Probleme beim Rechnen mit achtstelligen Zahlen haben, ein Hinweis: bei Annahme meines Antrags wäre eine Steuerfusssenkung immer noch möglich.*

Stadträtin Karin Fein (FW) sprach sich für eine sorgfältige Haushaltplanung aus und gegen eine Steuersenkung aus kurzfristiger Parteiideologie. Sie führte Sozialausgaben, Pläne in den Bereiche Kultur und Sport, Massnahmen gegen den Klimawandel und die anhaltende Flüchtlingskrise als finanzielle Risiken an. Auf Vorschläge der RPK, mit den Überschüssen Schulden abzubauen, reagierte sie mit dem Hinweis, dass vorzeitige Kündigungen von Krediten mit Kosten verbunden seien. Die Stadt habe die Refinanzierung gestaffelt angelegt, so dass sie in kurzen Abständen jeweils entscheiden kann, ob sie Kredite ablöse oder erneut Geld aufnehme. Mit einer Beibehaltung des Steuerfusses behalte der Stadtrat Handlungsspielraum auch in Bezug auf die Steuerung der Verschuldung. Dem Antrag der SP zur Rückstellung von 10 Mio. Franken für Landkauf erteilte sie eine Absage mit dem Argument, für die Förderung des Wohnungsbaus durch Gemeinden fehle der gesetzliche Auftrag.

In der Detailberatung wurde der Antrag von Wolfgang Liedtke (SP) gegen die Stimmen der SP und bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Die Senkung des Steuerfusses wurde mit 15 gegen 13 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Das Budget wurde schliesslich mit 29 Stimmen angenommen.

### **Kreditantrag für die Erhöhung des Stellenplans der Feuerwehr**

Der Titel des Antrags des Stadtrates war insofern irreführend, weil es nicht um Mehrausgaben für die Feuerwehr ging. Der Stadtrat beantragte für den Kommandanten, einen Stabsoffizier und den Materialwart insgesamt 80 Stellenprozente. Bisher werden diese Funktionäre über einen Sold auf Stundenbasis entlohnt. Es ging also um eine Umschichtung eines Teils des Solds auf einen Fixlohn. Pascal Welti (Grüne) erläuterte dies im Namen der RPK und unterstützte den Antrag des Stadtrates. Xheli Etemi sprach für die SP-Fraktion:

*Wir unterstützen die vorgeschlagene finanzielle Aufstockung der Pensen, da die betreffenden Personen bereits erfolgreich in ihren aktuellen Pensen arbeiten. Es ist aber trotzdem wichtig, die Entwicklung genau zu beobachten. Wir empfehlen ausserdem, dass die betroffenen Personen, Kommandant, Stabsoffizier und Materialwart, einen Festlohn anstelle einer Stundenabrechnung erhalten, um deren Verwaltung zu vereinfachen. Es ist zu beachten, dass diese Personen welche dann der Aufsicht des Stadtrats für Sicherheit, Gesundheit und Sport unterstellt sind, und somit Verwaltungspersonal werden, Ihre Pflichten in neuem Kleid genau gleich erfüllen. Es wäre besser gewesen den Antrag nach der Umsetzung des neuen Feuerwehrreglements zu stellen. Denn so hätte es die erste Erfahrung gegeben und der Antrag hätte immer noch gestellt werden können. Nun gilt es abzuwarten, wie sich diese Anstellungen mit Festlöhnen und dem neuen Reglement entwickeln. Die SP-Fraktion begrüsst und empfiehlt mehrheitlich den Antrag des Stadtrates zur Annahme.*

Martial Jacoma (Mitte) hielt diesen Wechsel in der Entlohnung für sinnvoll. Jacqueline Schoch (Grüne) sicherte die Zustimmung der grünen Fraktion zu. Auch Heinz Geissler (FDP) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion. Der Antrag wurde mit 27 gegen 2 Stimmen angenommen. Zwei Gemeinderäte, welche der Feuerwehr angehören, traten bei der Abstimmung in den Ausstand.

Die Gemeinderatssitzung endete schon um 21.30 Uhr.